

# PLENUM 2019



## In dieser Ausgabe:

**THEMA DER WOCHE:**

Neue Gesetze auf den Weg gebracht

**GABRIELA HEINRICH:**

Mehr Zusammenarbeit mit Indien

**MARTIN BURKERT:**

Pauschalreisende besser schützen und absichern

**MARTINA STAMM-FIBICH:**

Bundestag diskutiert über die Impfpflicht bei Masern

**CARSTEN TRÄGER:**

Eine Stiftung für Ehrenamt und Engagement

## Mehr Schutz für Paketboten

Unternehmer werden stärker in die Pflicht genommen. Anständige Arbeitsbedingungen für Subunternehmer.

3,2,1 – meins: Mit den Möglichkeiten des Internets ist Einkaufen bequem geworden. Doch die Bequemlichkeit ist in der Vergangenheit vielfach auf Kosten anderer gegangen. Deshalb haben wir in der vergangenen Woche und damit rechtzeitig vor Beginn des Weihnachtsgeschäfts ein Gesetz verabschiedet, das die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche verbessert.

Kontrollen des Zolls haben ergeben, dass Beschäftigte in der Paketbranche häufig schwarzarbeiten, die Arbeitgeber häufig

keine Meldung an die Sozialversicherung machen und Beiträge zur Sozialversicherung hinterziehen. Ermöglicht werden diese Methoden vor allem durch die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer.

Mit dem Paketboten-Schutz-Gesetz schieben wir dem nun einen Riegel vor. Wir nehmen die Unternehmen stärker in die Pflicht und führen die Nachunternehmerhaftung ein. Wer Aufträge an Subunternehmer vergibt ist dafür verantwortlich, dass der Subunternehmer für anständige Arbeitsbe-



dingungen sorgt und Sozialabgaben korrekt bezahlt. Tut er das nicht, haftet der Unternehmer, der den Auftrag vergibt. Damit verbessern wir die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Paketbranche. Und wir sorgen für einen fairen Wettbewerb in der Paketbranche.

## Pflege: Zwei Wege zu mehr Lohn

Wir wollen bessere Löhne in der Pflege. Denn nur wenn wir die Rahmenbedingungen für Beschäftigte in der Pflege weiter verbessern, machen wir den Beruf attraktiv und sorgen dafür, dass es in Zukunft genügend Pflegekräfte gibt.

Die Grundlagen für eine bessere Bezahlung haben wir nun mit dem so genannten Pflegelöhneverbesserungsgesetz geschaffen. Mit dem Gesetz schaffen wir den Rahmen, in dem die Sozialpartner aushandeln, wie sie zu besseren Löhnen in der Pflege kommen wollen. Zwei Wege sind möglich: Ein branchenweiter Tarifvertrag oder höhere Mindestlöhne durch Rechtsverordnung. Der bessere Weg wäre der Tarifvertrag. Welchen Weg sie gehen, entscheiden nun die Sozialpartner.

## Stärkung der dualen Ausbildung

Die Stärkung der dualen Ausbildung ist uns ein Herzensanliegen. Sie ist eine wichtige Säule unseres Bildungssystems. Am 24.10.2019 haben wir ein Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz senden wir ein wichtiges Signal an die zukünftigen Auszubildenden, weil wir so die Attraktivität der beruflichen Bildung in Deutschland stärken.

Das ist notwendig, weil es die dringend benötigten Fachkräfte in Zukunft nur geben wird, wenn wir heute genügend junge Menschen ausbilden – mit Respekt vor ihrer Leistung und mit einer ordentlichen Bezahlung.

Mit der Mindestausbildungsvergütung sorgen wir dafür, dass Auszubildende mindestens 515 Euro Ausbildungsvergütung erhalten. Die Summe erhöht

sich bis ins dritte Ausbildungsjahr um 35 Prozent. Dieses Ergebnis wäre ohne die Unterstützung des DGB und des BDA nicht zu Stande gekommen. Außerdem haben Auszubildende künftig Anspruch auf Freistellung von der betrieblichen Arbeit an Berufsschultagen und am Vortag vor einer Prüfung. Der Arbeitgeber muss darüber hinaus die Kosten für ausbildungsrelevante Fachliteratur übernehmen.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

 [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

 030 - 227 758 44

 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Mehr Zusammenarbeit mit Indien – gut für die Welt!

Deutschland braucht international starke Partner. Ein Antrag zur Stärkung der deutsch-indischen Beziehungen wurde vor Kurzem im Bundestag verabschiedet.

Wenn Sie hier „Indien“ lesen, woran denken Sie? Sind es bunte Farben oder Müllberge? Ist es der Dschungel oder das Hochgebirge? Ist es bittere Armut oder High-Tech? Mir kommt irgendwie von allem ein bisschen in den Kopf. Vor allem ist Indien die größte Demokratie der Welt – und muss auch in Zukunft ein wichtiger Partner Deutschlands sein.

Indien ist ein unglaublich wichtiges Land. Die Anzahl der Menschen wird die in China wohl bald übertreffen, schon jetzt leben 1,3 Milliarden Menschen in Indien. Die Wirtschaft boomt. Die Schattenseiten sind die vielen Armen, der Kaschmir-Konflikt und Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen. Aber dennoch: Indien versteht sich als offen, multi-ethnisch und multireligiös.

Auf der weltpolitischen Bühne tickt Indien durchaus ähnlich wie Deutschland. Man denke nur an das Trumpsche „America first“, an die russische Besetzung der Krim und an den türkischen Einmarsch in Nordsyrien. Aktuell wird die regelbasierte Weltordnung viel zu oft angegriffen. Deutschland braucht international starke Partner.

Der Bundestag hat jüngst den Antrag „Die Deutsch-Indischen Beziehungen



Gabriela Heinrich bei der Abendveranstaltung „Multilateralism first!“, bei der auch Bundesaußenminister Heiko Maas und die schwedische Außenministerin auftraten.

gen stärken“ verabschiedet. Anlässe waren der 150. Geburtstag Gandhis und die deutsch-indischen Regierungskonsultationen, die im November stattfinden. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, noch stärker mit Indien zusammenzuarbeiten.

Vieles läuft gut, aber wir wollen mehr: auf Staaten-, Länder- und kommunaler Ebene, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft, im Handel, in Umweltfragen und in nachhaltiger Entwicklung. Schon jetzt arbeiten wir unter anderem im Rahmen einer Energiepartnerschaft mit Indien zusammen, um

die erneuerbare Energie auszubauen. Es sind Länder wie Indien, die künftig geopolitisch noch viel mehr mitbestimmen. Deswegen war es wichtig, dass Indien Teil der von Bundesaußenminister Heiko Maas ins Leben gerufenen „Allianz für den Multilateralismus“ geworden ist.

Denn Indien will – ebenso wie Deutschland – eine Weltordnung, die auf verlässlichen Regeln und gemeinsamen Absprachen beruht. Nur das lässt die multilaterale Waagschale schwerer werden – schwerer als Trump, Erdogan und Putin.



# Pauschalreisende besser schützen und absichern

Die Insolvenz von Thomas Cook im September dieses Jahres zeigt, dass der Verbraucherschutz im Tourismusbereich weiter verbessert werden muss.

Der 24. September begann für einige mit einem bösen Erwachen: Über Nacht hatte der englische Touristikonzern Thomas Cook Insolvenz angemeldet. Auch die deutschen Tochterfirmen waren betroffen – und damit 140.000 Deutsche, die sich zum Zeitpunkt der Insolvenzanmeldung mit Thomas Cook, Bucher Reisen oder Öger Tours im Urlaub befanden, sowie 660.000 Kundinnen und Kunden, die eine zukünftige Reise mit einem dieser Veranstalter gebucht hatten.

Die gestrandeten Reisenden sind inzwischen wieder zurück zuhause – auch dank des Überbrückungskredits, den die Bundesregierung Condor gewährte. Die deutsche Airline-Tochter von Thomas Cook konnte ihren Betrieb dank der Kreditzusage ohne Unterbrechungen aufrechterhalten und leistete so einen Beitrag dazu, dass niemand dauerhaft an seinem Urlaubsort festsaß.

Für viele Thomas Cook-Kundinnen und -Kunden hat das Zittern jedoch erst begonnen. Denn noch ist nicht klar, ob die zuständige Insolvenz-Versicherung bereits geleistete Zahlungen vollständig erstatten wird – Expertinnen und Experten bezweifeln das. Denn laut der deutschen Pauschalreiserichtlinie müssen Versicherer pro Geschäftsjahr nur Kundengelder



Martin Burkert beim Besuch der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) 2016 mit dem Verkehrsausschuss.

in Höhe von 110 Millionen Euro absichern. Im aktuellen Fall hat jedoch allein die Rückholaktion gestrandeter Urlauber 80 Millionen Euro gekostet, dazu kommen nach aktuellen Schätzungen noch einmal 400 Millionen Euro, die bereits für zukünftige Reisen bezahlt wurden. Erst gegen Ende des Jahres wird die tatsächliche Summe der Ansprüche feststehen.

Im Tourismusausschuss haben wir in dieser Woche über die Insolvenz von Thomas Cook und deren Folgen debattiert. Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz hat

dabei angekündigt, die Insolvenzabsicherung für Pauschalreisen einer Prüfung zu unterziehen. Und auch wir in der SPD-Bundestagsfraktion setzen uns weiter dafür ein, dass der Verbraucherschutz in diesem Bereich verbessert wird. Denkbar ist hier neben einer Erhöhung der derzeitigen Haftungshöchstsumme insbesondere die Schaffung alternativer Modelle des Insolvenzschutzes für Pauschalreisende. Bereits im Sommer hatten wir außerdem gefordert, Flugreisende besser gegen Insolvenzen abzusichern – auch daran halten wir weiterhin fest.



# Bundestag diskutiert über Impfpflicht bei Masern

Deutschland erfüllt seit Jahren nicht die notwendige Impfquote, um die Krankheit auszurotten. Ein Gesetz bedeutet aber auch einen Eingriff in die Grundrechte.

Die Masern sind eine hoch ansteckende Krankheit, die mit schweren Komplikationen einhergehen und zum Tod führen kann. Eine Masern-Impfung schützt effektiv gegen die Erkrankung. Aber zu viele Menschen in Deutschland sind nicht gegen die Masern geimpft. Weil die Impfquote in Deutschland zu niedrig ist, kommt es immer wieder zu Ausbrüchen der Krankheit.

Wer sich nicht gegen die Masern impfen lässt, schadet nicht nur sich selbst, sondern gefährdet andere Menschen, die sich selbst nicht impfen lassen können. Um den Schutz dieser Menschen zu gewährleisten, müssen mindestens 95 Prozent der Bevölkerung gegen die Masern geimpft sein. Das dauerhafte Erreichen dieser Quote ist die Voraussetzung für die Eliminierung der Krankheit. Trotz aller Bemühungen hat Deutschland diese Quote bislang immer verfehlt.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der zur Erhöhung der Masern-Impfquote eine Impfpflicht vorsieht. Kinder, die in Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht sind, müssen geimpft sein. Ansonsten kann ihnen der Zugang zu Kita und Kindergarten verwehrt werden. Eltern von nicht geimpften Schulkindern droht



ein Bußgeld in Höhe von 2500 Euro. Beschäftigte in Gesundheitsfachberufen und Gemeinschaftseinrichtungen sind ebenfalls zur Masernimpfung verpflichtet. Am 23. Oktober 2019 hat der Gesundheitsausschuss mit verschiedenen Sachverständigen über das Für und Wider der Impfpflicht beraten. Die Anhörung kann hier abgerufen werden. <https://bit.ly/31Rfmux>

Laut einer Umfrage von YouGov unterstützen 73 Prozent der Bevölkerung eine Masernimpfpflicht. Die letzten Wochen haben mir aber auch gezeigt, dass es Bürger gibt, die dem kritisch gegenüber stehen. Das ist verständlich, denn die Impfpflicht stellt einen Eingriff in die Grundrechte dar. Das müssen wir ernst nehmen.

Leider adressiert der Gesetzentwurf nicht, dass die gravierendsten Impflücken bei jungen Erwachsenen auftreten. Hier liegt es meist an der mangelnden Aufklärung, dass kein vollständiger Impfschutz besteht. An diesem Punkt müssen wir unbedingt ansetzen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Aufklärung und Information der Bürger über die Chancen der Impfung und die Risiken einer Masernerkrankung im Gesetzentwurf noch stärker berücksichtigt werden.

Auch wenn es in der Anhörung unterschiedliche Ansichten zur Impfpflicht gab, waren sich doch alle einig, dass eine Impfquote von 95 Prozent erreicht werden muss. Denn jeder Masernfall ist einer zu viel.



**Carsten Träger | Wahlkreis Fürth**

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Eine Stiftung für Ehrenamt und Engagement

Millionen Menschen sind in unserem Land für das Gemeinwohl aktiv. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Wertschätzung. Die neue Stiftung wird es fördern und gezielt dort stärken, wo es bisher schwächer verankert ist.

Starkes Ehrenamt und ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement stärken in herausragender Weise den Zusammenhalt in unserem Land. Millionen von Menschen engagieren sich individuell oder durch die Übernahme von Ehrenämtern, z. B. in Sport- und Kulturvereinen, Kirchen, Stiftungen, beim Bevölkerungsschutz und in Freiwilligen Feuerwehren, in Umweltorganisationen oder der Wohlfahrtspflege. Insbesondere in ländlichen Regionen sind Engagement und Ehrenamt tragende Säulen eines lebendigen, funktionierenden Gemeinwesens.



Die vielen ehrenamtlich Engagierten stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Mit einer neuen Stiftung sollen sie gefördert werden.

Foto: iStock.com/matimix

## Anerkennung, Wertschätzung – und Unterstützung

Dieses Engagement verdient Anerkennung, Wertschätzung – und Unterstützung. Deshalb bringen wir eine „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ auf den Weg.

Unsere Zivilgesellschaft ist nicht in allen Regionen gleich stark ausgeprägt. Der demographische Wandel bedroht bestehende Strukturen vor allem in wirtschaftlich schwächeren Gegenden. Die Abwanderung vor allem junger Menschen in die Städte führt zum Wegbrechen von ehrenamtlich getragenen Strukturen auf dem Land. Vereine beklagen immer öfter Nachwuchsmangel.

Die Rahmenbedingungen und Formen des Engagements haben sich in den letzten Jahren zunehmend gewandelt. Neben den traditionellen haben sich neue Formen herausgebildet, etwa im informellen oder digitalen Bereich. Und der digitale Wandel stellt die zivilgesellschaftlichen Organisationen vor erhebliche Herausforderungen.

## Eine zentrale Anlaufstelle auf Bundesebene

Die neue Stiftung soll als zentrale Anlaufstelle auf Bundesebene das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt in Deutschland nachhaltig stärken und fördern. Sie soll den Engagierten helfen, digitale Herausfor-

derungen zu meistern. Über einen Servicebereich sollen vielfältige und bedarfsgerechte Informationsangebote zur Qualifizierung und Weiterbildung angeboten werden. Die Stiftung soll soziale und digitale Innovation fördern und die Strukturen vor Ort stärken. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf strukturschwachen Regionen und Landstrichen

Wir kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Eine starke Zivilgesellschaft gehört untrennbar dazu. Mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt werden wir sie gezielt fördern und stärken – für mehr Zusammenhalt in unserem Land.